

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs (A 7) 292—297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das  
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

## Diffidenten an der Volksschule

### Ein Urteil gegen Preußen

Es ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bemerkt worden daß seit dem vorigen Jahre in Preußen diffidentische Lehrer nicht mehr an Volksschulen etatsmäßig angestellt werden, weil angeblich das alte preußische Volksschulrecht das verbiete. Nun hat einer der durch dieses Verbot betroffenen Schulamtsbewerber gegen das Land Preußen einen Schadenersatzprozeß angestrengt und — vorläufig — mit Erfolg. Das Berliner Landgericht hat in erster Instanz den Anspruch für gerechtfertigt erklärt.

Ueber die Vorgeschichte dieser prinzipiellen Auseinandersetzung um das verfassungsmäßige Recht der aus der Landeskirche Ausgeschiedenen wird uns geschrieben:

Die deutschnationale Landtagsfraktion hatte zu Beginn des Jahres 1930 gegen das Land Preußen Klage vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben, mit dem Antrage, zu erkennen, daß die Anstellung von Dissidenten sowie ihre Befassung als Lehrkräfte an den preußischen Volksschulen mit dem preußischen Verfassungsrecht nicht vereinbar sei. Zur Begründung ihres Antrages führte sie aus, das preußische Gesetz betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906 statuiere den Grundsatz, daß an den öffentlichen preußischen Volksschulen lediglich christliche Lehrer zum Schulunterricht berufen seien; dissidentische Lehrer aber dürften ausnahmsweise nur für die sogenannten technischen Fächer wie Turnen, Zeichnen, Handarbeit und ähnliche verwendet werden. Wenn die preußische Regierung trotzdem Dissidenten zur Erteilung von Schulunterricht zulasse, so verstoße ihr Verhalten gegen den Grundsatz der preußischen Verfassung, daß ein durch Gesetz geschaffener Rechtszustand nur durch Gesetz geändert werden könne.

Das Land Preußen hielt dem u. a. mit Recht entgegen, daß nach den auch für die preußischen Lehrer maßgebenden Bestimmungen der Reichsverfassung ein planmäßig angestellter Lehrer nicht deshalb aus seinem Amt entfernt werden könne, weil er aus einer Religionsgemeinschaft ausgetreten sei. Da ferner nach Artikel 136 Abs. 2 der Reichsverfassung die

#### Zulassung zu öffentlichen Ämtern von dem religiösen Bekenntnis unabhängig

sei, müsse auch die Anstellung von Schulamtsbewerbern, die einer christlichen oder jüdischen Religionsgemeinschaft nicht angehören, als Lehrer an den preußischen Volksschulen ohne Beschränkung ihrer Lehrtätigkeit auf die technischen Fächer für zulässig erachtet werden.

Im Gegensatz dazu empfahl der damalige preußische Unterrichtsminister Becker der Schulaufsichtsbehörde in Berlin, daß bis zur Entscheidung dieser Verfassungsstreitfrage vor dem Staatsgerichtshof vorläufig keinem Dissidenten die Befestigung zur Anstellung als Volksschullehrer erteilt werden sollte.

Der Staatsgerichtshof fällt nun keine sachliche Entscheidung, sondern wies den Antrag der deutschnationalen Fraktion nur wegen mangelnder Sachbefugnis ab.

Nach Erledigung dieser Verfassungsstreitfrage sagte der inzwischen neu ernannte preußische Unterrichtsminister Grimme bei Verhandlungen mit den den dissidentischen Lehrern nahestehenden Organisationen diesen zu, die Aufhebung der Zahlungssperre zu veranlassen.

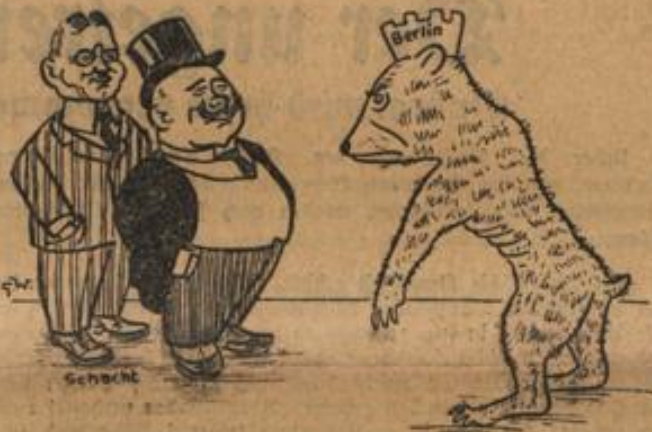
Kurze Zeit später sagte das preußische Staatsministerium den Bescheid:

#### Im gesamten preußischen Staatsgebiet die Anstellung dissidentischer Schulamtsbewerber zu sperren.

Seit dieser Zeit sind in ganz Preußen Dissidenten nicht mehr als Volksschullehrer angestellt worden. In dieser Situation entschlossen sich der Deutsche Freidenker-Verband und die Allgemeine Freie Bergergewerkschaft zu einem gerichtlichen Vorgehen gegen das Land Preußen, um durch eine gerichtliche Entscheidung die Aufhebung der Anstellungssperre zu erzwingen. Die genannten Organisationen unterstützten einen dissidentischen Schulamtsbewerber bei einer Klage gegen das Land Preußen. Diese Klage wurde als Schadenersatzklage auf Artikel 131 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 1 des preußischen Staatshaushaltsgesetzes von 1909 gestützt, wonach für Amtspflichtverletzungen, die sich ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt zusehnen können läßt, der Staat, in dessen Vorständen der Beamte steht, verantwortlich gemacht werden kann.

Der beklagte preußische Staat wendete gegen den Klageantrag in erster Linie die Unzulässigkeit des Rechtsweges ein, da das einen Staatshoheitsakt darstellende Vorgehen des preußischen Unterrichtsministers nicht der rechtlichen Nachprüfung durch die ordentlichen Gerichte unterliege. Weiterhin versuchte der preußische Staat — im Gegensatz zu seinem in der Verfassungsstreitfrage vor dem Staatsgerichtshof vertretenen Standpunkt — darzulegen, daß

### Folgen der Kreditentziehung



„Donnerwetter, Herr Schacht, Ihre Methode hat aber fabelhaft ange schlagen —“

### Die Kapitalflucht der Prominenten. Ein Bankkrach bringt sie an den Tag.

In Amsterdam ist die Amstelbank zusammengebrochen, die über die Rothschildgruppe der Oesterreichischen Creditanstalt nahesteht.

Wie es sich jetzt nach dem Amsterdamer Bankkrach herausstellt, sind eine ganze Anzahl deutscher Film- und Bühnenstars in die Angelegenheit verwickelt, da unsere Prominenten es vorgezogen haben, ihre aus den Riesengagen angeammelten Vermögen aus Deutschland fortzubringen.

Wie die „B. Z. am Mittag“ hierzu meldet, befinden sich unter den Geschädigten auch das Schauspielerehepaar Vallenberg-Raffarn, die beträchtliche Teile ihres Vermögens nach Holland gebracht haben. — Die deutschen Finanzämter aber werden bei allem Interesse für die Angelegenheit die betrübliche Tatsache feststellen müssen, daß es erst zu einem Bankkrach kommen muß, ehe sie hinter die Schliche prominenter Kapitalflüchtlinge gelangen.

die Anstellungssperre gegenüber den Schulamtsbewerbern mit den Vorschriften der Reichsverfassung vereinbar sei.

Die betreffende Kammer des Landgerichts I in Berlin hat jedoch die Zulässigkeit des Rechtsweges bejaht und der Klage des Schulamtsbewerbers wegen Verletzung der verfassungsrechtlichen Vorschriften über die Gleichbehandlung der Dissidenten mit den konfessionellen Lehrern stattgegeben. Denn nach Artikel 128 und 136 Abs. 2 der Reichsverfassung müße

#### Jeder Deutsche unabhängig von seinem religiösen Bekenntnis

nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend seiner Befähigung zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden. Wenn auch niemandem ein Recht auf Verteilung einer Beamtenstelle zustehen, könne doch jeder Bewerber verlangen, daß bei der Frage der Anstellung nicht nach verfassungswidrigen Grundätzen verfahren werde.

Das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz sieht im § 41 allerdings vor, daß dissidentische Lehrer in der Regel nur für die sogenannten technischen Fächer verwendet werden dürfen. Seit Bestehen der Reichsverfassung werden aber die den religionslosen Bewerbern nachteiligen Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes kaum noch Geltung beanspruchen können. Wenn auch die Artikel 174, 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, auf die sich das beklagte Land Preußen beruft, die programmäßig vorgelebene Erziehung von Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen der Regelung durch ein besonderes Reichsschulgesetz überlassen und es auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung bis zum Erlaß des geplanten Reichsgesetzes bei der bestehenden Rechtslage bewenden lassen, so beziehen sich diese Verfassungsvorschriften doch nur auf die zur Zeit anerkannten Schulformen, nicht aber auf die Regelung der Lehreranstellung. Hier müßten vielmehr die als Fundamentalsatz der durch die Reichsverfassung garantierten Grundrechte der Deutschen zu bezeichnenden Bestimmungen der Artikel 128 und 136 Abs. 2 der Reichsverfassung entscheidend sein,

### Gehaltskürzung bei den Bezirksamtern. Sozialdemokratische Stadträte schließen sich dem Verzicht an.

Im Anschluß an die gestern vom Berliner Magistrat beschlossenen Notmaßnahmen, wonach u. a. die Mitglieder des Magistrats und die Vorstehenden der Bezirksamter über die Bestimmungen der Notverordnung hinausgehend auf 20 Proz. ihres Gehalts verzichten, erklären die sozialdemokratischen Mitglieder der Berliner Bezirksamter, daß sie gleichfalls während der Dauer der Wirtschaftskrise auf 20 Proz. ihres Gehalts freiwillig verzichten.

### Das Sparprogramm in Hamburg. Vom Parlament angenommen.

Hamburg, 27. August.

Die voraussichtlich letzte Sitzung der Bürgerschaft am Mittwoch war zum großen Teil der Aussprache über das vom Senat vorgelegte Sparprogramm gewidmet.

Bürgermeister Roth begründete die Anträge mit der durch den Abzug kurzfristiger Auslandskredite geschaffenen Finanzkrise und richtete an alle Parteien die dringende Aufforderung, über die parteipolitischen Gegensätze hinweg die Anträge des Senats anzunehmen, damit das bis jetzt errechnete Defizit von rund 38 Millionen Reichsmark beseitigt werden könne.

In der Aussprache nahmen Deutschnationale, Kommunisten und Rationalsozialisten scharf gegen die Sparmaßnahmen des Senats Stellung, die jedoch schließlich mit den Stimmen der Großen Koalition beschlossen wurden.

### Katastrophale Maßnahmen in Sachsen. Drosselung des Wohnungsbaus.

Dresden, 27. August. (Eigenbericht.)

Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erläßt eine Verordnung, die zu einer völligen Drosselung des Wohnungsbaus in Sachsen und damit zu einer weiteren Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen muß.

Alle noch nicht begonnenen Bauvorhaben, die mit Mietzinssteuermitteln unterstützt werden sollten, dürfen nicht in Angriff genommen werden. Bereits begonnene Bauten sind nur soweit durchzuführen, daß sie überwintert werden können.

wonach allgemein jeder Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend seiner Befähigung, unabhängig von einem religiösen Bekenntnis, zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden muß.

Aber selbst wenn man annimmt, daß das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz heute noch in vollem Umfange durch die Reichsverfassung aufrechterhalten ist, so kann doch daraus nicht die Verfassungsmöglichkeit einer absoluten Anstellungssperre hergeleitet werden. Denn während es vor der Staatsumwälzung den religionslosen Lehrern gemäß § 41 des Volksschulunterhaltungsgesetzes immerhin noch möglich war, eine Lehrerstelle für die sogenannten technischen Fächer zu erlangen, nimmt ihnen jener Beschluß der preußischen Staatsregierung, der eine uneingeschränkte Anstellungssperre für Dissidenten auspricht, auch die letzte Möglichkeit, als beamtete Lehrer angestellt zu werden.

Es ist wahrscheinlich, daß dieses verständige Urteil durch Berufung angefochten, und möglich, daß es mit anderer juristischer Begründung aufgehoben wird.

Was aber unabhängig von dem Schicksal dieses Prozesses bestehen bleibt, ist die ungeheuerliche Tatsache, daß zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Reichsverfassung der religiöse Gewissenszwang wieder eingeführt worden ist, der jeden, auch den sachlich befähigsten Pädagogen mit Stoßprügeln auf den Magen bedroht, wenn er nicht einer der Kirchen angehört. Diese Praxis erzieht zur Heuchelei, was gerade bei Lehrern am aller schlimmsten wirkt, die ihren Einfluß auf Kinder geltend machen sollen. Es ist heute schon so, daß die „christlichen“ Lehrer, wenn sie innerlich mit der Kirche gebrochen haben, doch warten, bis sie etatsmäßig angestellt sind, um dann erst Farbe zu bekennen. Ist das im Interesse der Schule und der ihr anvertrauten Kinder?



# Henderson gegen Macdonald.

Aber ohne persönliche Schärfe.

London, 27. August.

Henderson, Lansbury und Morrison haben an der gestrigen gemeinsamen Konferenz dreier Körperparteien der Arbeiterbewegung teilgenommen und Ansprachen an die Versammlung gehalten. Es wird hervorgehoben, daß sie dabei jede Äußerung persönlicher Erbitterung gegen Macdonald vermeiden hätten, und daß ihre Gegnerschaft gegen die nationale Regierung und ihr Programm nicht in entschiedenem, so doch in rein sachlicher Weise zum Ausdruck gebracht worden sei. Andererseits wurden sie von verschiedenen Mitgliedern der Versammlung heftig angegriffen. Man warf ihnen vor, sie seien bereit gewesen, im vorigen Kabinett Vorschläge zuzustimmen, die mit der Politik der Gewerkschaften nicht im Einklang ständen.

Ein Beschluß, Macdonald aus der Arbeiterpartei auszuschließen, ist auf Grund einer Intervention Hendersons, der zur Vorsicht und Mäßigung in dieser Frage mahnte, nicht gefaßt worden. Andererseits erscheint es als sicher, daß Macdonald als Führer der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei auf der morgigen Vollkonferenz der Fraktion durch Henderson erjezt werden wird.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge, ist es fraglich, ob der neue englische Außenminister Lord Reading an den Tagungen des Wählerbundesrates und der Volkerversammlung teilnehmen wird. Angesichts der schwierigen Aufgabe, den Haushalt auszugleichen, wird das neue, nur aus zehn Mitgliedern bestehende Kabinett kaum die Mitarbeit eines seiner Mitglieder entbehren können. Die Vertretung Lord Readings in Genf wird wahrscheinlich ein nicht dem Kabinett angehörendes Mitglied der neuen Regierung, möglicherweise aber auch Lord Robert Cecil oder der frühere Vizekönig von Indien, Lord Irwin übernehmen. Der Korrespondent glaubt, daß im Hinblick auf die Abwesenheit des englischen Ministerpräsidenten und des Außenministers lediglich formale Fragen in Genf zur Sprache kommen und die Erörterung umstrittener Probleme, wie das der deutsch-österreichischen Zollunion, verschoben werden dürfte.

## KPD. geht zum Nationalismus.

Otto Straßer ist mit ihr zufrieden.

Otto Straßer, der Führer der von Hitler abgefallenen radikalen Nationalsozialisten, bespricht in seiner „Deutschen Revolution“ die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid des Stahlhelms. In ihr erblickt er den vorläufigen Höhepunkt eines Entwicklungsprozesses, der die KPD. immer näher an den Nationalismus heranführt.

Straßer erinnert an das kommunistische Wahlprogramm vom vorigen Jahr zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und stellt schon hier — von seinem Standpunkt aus mit Recht — eine erfreuliche Entwicklung an der Internationale zum Nationalismus fest. Dann aber fährt er fort:

Die KPD. aber ließ es nicht allein bei dieser theoretischen Nationalisierung bewenden, sondern zog aus ihr auch wesentliche praktische Folgerungen.

Zunächst das Ueberbordwerfen der ganzen, noch von der Sozialdemokratie übernommenen Phrasologie des Pazifismus.

Der dem kommunistischen Parteimitglied nunmehr als Kleinbürgerliche, konterrevolutionäre Lehre vorzüglich gemacht wurde — ein Erfolg, den wir von außen her nicht hätten erzielen können. Wie weit hier unsere Vorkerkung- und Willenswelt bereits bestimmend gewirkt hat, beweist am besten ein Artikel Scheringers in seiner Zeitschrift „Aufbruch“, der den nationalen Befreiungsrieg fordert und gerade als Voraussetzung für ihn die sozialistische Revolution verlangt — eine Reihenfolge der Zeit und der Wertung, wie sie bisher ausschließlich von uns revolutionären Nationalsozialisten vorgenommen wurde.

Nicht minder folgenschwer in der Wirkung nach außen und innen ist die Angleichung der kommunistischen Parole an unsere Forderung: „Volksrevolution“. Ungern hören die Kommunisten den Nachweis, daß es „Die Deutsche Revolution“ war, die diese Forderung der „Volksrevolution“ der 97 Proz. Antikapitalisten gegen die 3 Proz. Kapitalisten der alten marxistischen Klassenpartei gegenüberstellte, mit dem Erfolg, daß die KPD. unsere Parole aufgriff und damit ihrer alten Klassenkampf-taktik den schärfsten Schlag verlegte. — Warnend schrieb damals die „Kugel“, daß diese Parole der KPD. „mehr im Geiste Otto Straßers als in dem Lenins empfangen sei“. — Die KPD. blieb trotz gelegentlicher Rückfälle dabei und

bahnte unsere nationalsozialistische Parole so den Weg in Kreise, die sonst so leicht nicht von ihr erfaßt worden wären.

Den Höhepunkt politischer Auswirkung dieses Nationalisierungsprozesses erreichte die KPD. aber mit ihrer Beteiligung am Stahlhelmsvolksentscheid.

Man muß die Nummern der „Roten Fahne“ aus der Zeit des Volksbegehrens lesen, das doch genau das gleiche Ziel, ja den gleichen Wortlaut hatte wie der Volksentscheid, um die rapide Fortentwicklung auf der einmal eingeschlagenen Bahn zu erkennen. Damals der Inbegriff alles Schlechten, Ausgeburt schwarzer Reaktion — diesmal ein Gipfelpunkt politischer Weisheit und revolutionärer Taktik.

Otto Straßer will wissen, daß im Zentralkomitee der Partei ein sehr heftiger Kampf um den sogenannten Scheringer-Kurs geführt worden ist, bei dem Heinz Reumann und Kemmelt als Befürworter dieses Kurses über Thälmann und Münzenberg gesteht haben sollen.

## Aufrührerische Landwirte.

Milde Justiz in Dels.

Dels, 27. August.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Dels hatten sich gestern der Führer der schlesischen Landvolkbewegung, Rittergutspächter Pauls, sowie zehn weitere Landwirte und Kleingewerbetreibende, die am 23. Februar d. J. in Dels eine Versteigerung mit Gewalt verhindert hatten, wegen Aufruhrs zu verantworten, Pauls außerdem wegen Aufforderung zum Steuerstreik.

Neun Angeklagte wurden freigesprochen, da das Gericht annahm, daß sie sich des Begehrens einer strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen seien. Pauls wurde wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1923 (Eicherung des Steueraufkommens) an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 300 Mark Geldstrafe und zu weiteren 100 Mark, insgesamt also 400 Mark Geldstrafe, verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 50 Mark Gefängnisstrafe verurteilt.

Zunfereportage von der Landung des Do. X. in New York. Von der New-Yorker Landung des deutschen Riesenflugzeugs Do. X. wird heute 17.30 Uhr mittlereuropäischer Zeit berichtet, eine Reportage zu übertragen.

# Notruf aus dem Westen

## Der Existenzkampf der Landgemeinden — Rigorose Sparmaßnahmen

Das Präsidium des Preussischen Landgemeindetages West tagte am Mittwoch in Köln, um zur Finanzhilfe der besonders hart bedrängten westdeutschen Landgemeinden Stellung zu nehmen.

Ueber diese Sitzung wurde gestern Abend auf einer Pressebesprechung in Berlin eingehend Bericht erstattet. Der geschäftsführende Präsident des Preussischen Landgemeindetages West, Dr. Göb, betonte, daß die Anträge der Einwohner der westdeutschen Landgemeinden auf Steuererhöhung gegenwärtig ins Uferlose wachsen. Trotzdem sind die Gemeinden gezwungen, pünktlich die Steuererträge abzuliefern, ohne daß sie jedoch ebenso pünktlich ihre Ueberweisungen an den staatlichen Stellen erhalten, insbesondere nicht von den Kreisen die Zuschüsse für die zu zahlende Wohlfahrtsunterstützung. Hierzu muß berücksichtigt werden,

daß die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten in den westdeutschen Landgemeinden seit dem vorigen Jahr um 68 Proz. gestiegen ist.

Dazu kommen die Kreditwierigkeiten der Gemeinden, die sich jetzt gezwungen sehen, kurzfristige Verschuldungen abzudecken. Es wird erwogen, das wenige Vermögen der Gemeinden zu veräußern, wogegen man sich allerdings mit allen Mitteln sträubt, da es im allgemeinen nur zu Schleuderpreisen geschehen könnte. Schon die Zinslasten sind für die Gemeinden erdrückend. Infolgedessen sind die Gemeinden vielfach dazu übergegangen, die Wohlfahrtsunterstützungen in Naturalien auszuzahlen, da sie über Geldmittel nicht mehr verfügen.

Da eine Hilfe vom Reich und von Preußen nicht zu erwarten ist, bleibt nur übrig, drakonische Sparmaßnahmen durchzuführen. Dabei darf das Gesamtergebnis der Selbsthilfemaßnahmen der Landgemeinden nicht überschätzt werden, da bis zu 80 Proz. ihrer Ausgaben und Ausgaben gefehlt vorgeschrieben sind. Das Präsidium des Preussischen Landgemeindetages West verlangt deshalb, daß der staatliche Aufgabentritt für die Gemeinden wesentlich eingeschränkt wird. Die bisherige Gesetzgebung hat die Gemeinden mit Arbeiten überlastet, die eine Personalvermehrung und

Vergrößerung des Verwaltungsapparats zur Folge hatte. (Arbeiten für Finanz-, Kataster-, Arbeitsämter, Statistiken, Hauszinssteuer.)

Weiter verlangt man eine Verminderung der Wohlfahrtslasten für die Gemeinden durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, mindestens aber

Befreiung der Gemeinden von dem Anteil an der Arbeitslosenfürsorge und Beteiligung der Gemeinden an der Reichs- und Staatshilfe.

Besonders einschneidend wird der geforderte Abbau der Schullasten sein. Wenn heute eine Landgemeinde zum Beispiel 50 schulpflichtige Kinder hat, dann muß sie sich für diese 50 Kinder zwei Lehrkräfte halten. Zwei Lehrkräfte sind aber für die Gemeinden nicht mehr tragbar, man verlangt einen Abbau der Lehrstellen und eine vorläufige Beförderungsperre. Die in den Gemeinden frei werdenden Lehrkräfte sollen von staatlichen Instituten übernommen werden.

Kußerdem fordert man eine Reform des Dotations-systems und eine Vereinfachung des gesamten Steuerwesens und Abänderung des Finanzausgleichs. Darüber hinaus wird eine Verwaltungsvereinfachung und -verbildigung durch sofortige Zusammenlegung von Ämtern und Kreisen unter Einbeziehung kleiner Städte immer dringender. Verhandlungen dieser Art sind schon mit dem preussischen Innenministerium geführt worden. Es ist bedauerlich, daß die Selbstverwaltung von obrigkeitlicher Seite aus reguliert werden muß, in den jetzigen Notzeiten aber liegen derartige Maßnahmen im Interesse der Selbstverwaltung. Die Landgemeinden warnen allerdings vor einer Umgehung, wie man sie bei den Ruhestands-vorgeschritten hat, wo der Umbau des Beamtenapparats zu seinen Ursprüngen geführt hat, im Gegenteil, die Städte Essen, Düsseldorf und Bochum haben jetzt schwere Lasten zu tragen.

Durch Selbsthilfemaßnahmen suchen die westdeutschen Landgemeinden fürs erste über den bevorstehenden schweren Winter hinwegzukommen. Dann will man eine großzügige Umstrukturierung zur Beseitigung der kurzfristigen Kredite einleiten.

# Der ungetreue Kommissar

## Dubral wird heute vernommen — Große Kreditfahndungen

Ueber die Verhaftung des Kriminalkommissars Dubral von der Polizeinspektion Kreuzberg, über die wir im Morgenblatt kurz berichteten, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Als Dubral die Gewißheit erhielt, daß seine Verfehlungen bei den vorgehenden Dienststellen bekannt geworden waren, verließ er sein Büro, packte in seiner Wohnung das Notwendigste zusammen, und versteckte sich bei Bekannten, die in der Linienstraße wohnen. Sein Versteck wurde durch Dritte an die Polizei verraten, so daß Dubral in den gestrigen Abendstunden verhaftet werden konnte. Er lehnte seiner Festnahme keinerlei Widerstand entgegen. Als er das Zimmer des Kommissars vom Dienst betrat, in dem er selbst noch vor kurzer Zeit amtiert hatte, bekam er einen Weintrampf.

### Die Verfehlungen.

Die dem Kommissar zur Last gelegt werden, sind mannigfaltiger Art: vor allem wirft man Dubral große Kreditfahndungen vor. In allen möglichen Geschäften hat er Einkäufe in Möbeln und Kleidungsstücken gemacht. Er hat sich dabei, um den nötigen Kredit zu erlangen, auf seine Eigenschaft als Kriminalkommissar berufen. So kam es dazu, daß kein Gehalt, als er die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllte, gepfändet wurde. Unter Verschweigung dieser Tatsache verpfändete Dubral sein Gehalt mehrfach weiter und berief sich auch dabei darauf, daß er als Kriminalkommissar wissen müßte, was er zu tun und zu lassen hätte, und daß alles in Ordnung sei. Es laufen jetzt gegen Dubral durch diese Verquickung in seiner dienstlichen Eigenschaft mit den kriminellen Handlungen zwei Verfahren, ein Disziplinarverfahren und ein Strafverfahren. Zum Unter-

suchungskommissar des Berliner Polizeipräsidiums wurde der Leiter der großen Berliner Streife, Kriminalrat Salzow, berufen. Die disziplinarischen Bestimmungen verlangen nämlich, daß eine Untersuchung gegen einen Beamten nur durch einen Vorgesetzten durchgeführt werden kann.

Beschuldigungen, nach denen Dubral auch einen Falscheid begangen hat, bedürfen noch der Nachprüfung. Hierbei handelt es sich um einen Spielerprozeß, der gegen eine im Westen tagende Vereinigung wegen Veranlassung und Duldung von Glücksspielen durchgeführt wurde. Dubral war damals Hauptzeuge der Staatsanwaltschaft.

Schon einmal war gegen Dubral ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil die Behauptung aufgetaucht war, daß der Kommissar bei einer Versicherungsgesellschaft fingierte Einkünfte angemeldet und Entscheidungen einseitig gefällt hat. Ein Nachweis dieser Verfehlung ist damals nicht geführt.

Die Hugenberg-Presse will heute von den großen Schwarzweiß-rotten Skandalen, die augenblicklich die Öffentlichkeit bewegen, dadurch ablenken, daß sie in auffallendem Druck von der Mitgliedschaft des verhafteten Kriminalkommissars zur Sozialdemokratie erzählt. Nur dieser Mitgliedschaft, so soll Dubral renommieren haben, verdanke er seine rasche Karriere. Nach unseren Erkundigungen ist allen zuständigen Stellen von einer solchen Mitgliedschaft niemals auch nur das geringste bekannt gewesen. Auch in der Sozialdemokratischen Partei ist Dubral vollkommen unbekannt, außerdem verdankt Dubral seine in der Tat verhältnismäßig rasche Karriere keineswegs den der Sozialdemokratie nahestehenden Kreisen der Beamten-schaft, sondern jenen Leuten aus der alten Garde, die dem „Vokal-Anzeiger“ sehr viel näher stehen als uns.

## Gemeinsam in den Gastod.

Weil sie nicht heiraten konnten.

In der Wohnung seiner Eltern in der Schöneberger Straße 28 vergiftete sich am Mittwoch der 24 Jahre alte Konditor Günther Kopp zusammen mit seiner 17jährigen Braut Elly Gottlieb mit Leuchtgas. Als die Mutter des jungen Mannes von einem Ausgang heimkehrte, fand sie das Brautpaar, unter den Einwirkungen der Gase bewußlos geworden, auf. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Das jugendliche Paar hatte die Absicht gehabt, sobald als möglich zu heiraten, die Eltern des Mädchens hatten sich diesem Plane aber widersetzt. Aus Kummer darüber muß das Brautpaar beschlossen haben, gemeinsam in den Tod zu gehen.

## Noch ein Doppelselbstmord.

In der Nähe von Eichkamp, im Togen 55 des Grunewaldes, fanden Speziergänger die Leichen eines jungen Paares, das gemeinsam in den Tod gegangen ist. Der Mann hat ohne Zweifel zunächst seiner Begleiterin eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen, die den sofortigen Tod zur Folge hatte. Er nahm dann die Leiche in den linken Arm und jagte sich ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Beide Personen waren, als sie gefunden wurden, schon tot. Wer die jungen Leute sind, steht noch nicht fest, da sie weder Abschiedsbriefe, noch andere Papiere bei sich hatten. Der junge Mann scheint aus Düsseldorf, das Mädchen aus Dessau zu stammen. Die Leichen sind beschlagnahmt und nach dem Charlottenburger Schauhaus gebracht worden.

## Die gestohlene Pistole.

Neue Spur im Bankraub Innsbrucker Straße.

Die Nachforschungen nach den Tätern des Bankraubes an der Ecke Innsbrucker Straße haben eine neue Spur ergeben.

Die Waffe, die einer der Räuber am Tatort zurückgelassen hat, ist nämlich bei einem Waffenhändler in der Wilhelm-

straße gestohlen worden. Der Diebstahl erfolgte am 8. April. Außer dem Revolver sind noch drei weitere Waffen gestohlen. Der Dieb soll sich nun beim Raubdezernat melden, da begründete Annahme besteht, daß er mit den Räubern aus der Schöneberger Reichsbanknebenstelle nichts zu tun hat. Er würde bestimmt nicht mehr als die Mindeststrafe, 1 Tag Gefängnis, erhalten. Der Diebstahl ist unbedeutend, und außerdem erweist er der Kriminal-polizei durch seine Selbststellung einen großen Dienst. Auf der anderen Seite muß er sich vor Augen führen, daß er wegen des Diebstahls eine sehr hohe bis zu fünf Jahren Gefängnis gehende Strafe erhalten kann, wenn das Polizeipräsidium ihn erst nach Aufklärung des Raubüberfalles in der Innsbrucker Straße habhaft wird. Weiter würde dem Waffendieb, wenn er sich jetzt meldet, ohne Zweifel zumindest ein beträchtlicher Teil der hohen Belohnung von 8000 M. zukommen, die für die Entdeckung der Räuber ausgesetzt sind.

## Geldbriefträgermörder in Berlin.

Erfstes Verhör im Untersuchungsgefängnis.

Ernst Reins, der gestern wegen des Mordes an dem Geldbriefträger Schwan in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert wurde, ist heute früh von Landgerichtsrat Dr. Heine, der den zur Zeit auf Urlaub befindlichen Untersuchungsrichter Dr. Blank vertritt, einem kurzen Verhör unterzogen worden. Reins hatte seine Verteidigung dem Strafverteidiger Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuhs übertragen. Die Voruntersuchung gegen Reins wird demnächst abgeschlossen, die Anklageerhebung gegen ihn durch die Staatsanwaltschaft steht unmittelbar bevor.

## 7-Stunden-Tag im spanischen Kohlenbergbau.

Madrid, 27. August.

Nach Abschluß der Bergwerkskonferenz erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß am 1. September in den spanischen Kohlenbergwerken der siebenstündige Arbeitstag eingeführt wird. In den übrigen Bergwerken bleibt es einstweilen beim achtstündigen Arbeitstag.



## Latifundien enteignet.

Die Bodenreform in Spanien.

Madrid, 27. August. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf zur Agrarreform vorgelegt, nach dem hauptsächlich in Andalusien alle Güter, die mehr als 300 Hektar Ackerland, 200 Hektar Hochland, 100 Hektar Weingärten und 400 Hektar Weiden umfassen, enteignet werden. Die Entschädigung soll auf der Basis der Wertgrundrente erfolgen, für große Güter soll jedoch nur die Hälfte des Wertes entschädigt werden. Beträgt die Entschädigung mehr als eine halbe Million Mark, so soll deren Zahlung in vierprozentigen unübertragbaren und unbefragbaren staatlichen Schuldverschreibungen erfolgen. Der durch die Enteignung neu entstehende Kleinbesitz wird durch umfangreiche gesetzliche Maßnahmen gesichert.

## Wieder Revolte in Portugal.

Zehn Aufständische in Lissabon getötet.

Paris, 27. August. (Eigenbericht.)

Wie aus Lissabon gemeldet wird, ist dort ein Aufstand ausgebrochen. Zahlreiche Zivilisten drangen in die Kaserne des dritten Artillerieregiments ein, überrumpelten die Wachen und besetzten die Gebäude. Die Artilleristen sollen schließlich mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht haben. Bei der Unterdrückung des Aufstandes sollen zehn Personen getötet und 43 verwundet worden sein. Zwischen den regierungstreuen Truppen und den Aufständischen, die einige strategische Punkte der Stadt besetzt hatten, habe eine regelrechte Schlacht stattgefunden, in deren Verlauf von den Regierungstruppen Geschütze, Tanks und Flugzeuge eingesetzt werden mußten. Die Aufständischen sollen im Einvernehmen mit zwei Artillerieregimenten vorgegangen sein. Die Regierungstruppen hatten zahlreiche Gefangene gemacht, darunter auch die Flieger von Alverca, die sich der Bewegung angeschlossen hatten.

Nach unbestätigten Gerüchten soll auch in Porto ein Aufstandsversuch unternommen worden sein.

## Goldenes Friedensbuch für Briand.

Paris, 27. August. (Eigenbericht.)

Außenminister Briand ist von einer Anzahl von Arbeitern und ehemaligen Kriegsteilnehmern aus Bordeaux ein Goldenes Friedensbuch überreicht worden, in dem über drei Millionen Franzosen durch ihre Unterschrift die Zustimmung zu seiner Friedenspolitik bekunden.

## Die neue Regierung Ungarns.

Anderer Chef — gleiche Reaktion.

An dem Rücktritt des Herrn Bethlen, der zehn Jahre ungarischer Ministerpräsident gewesen ist, soll auch eine Preloatsache schuld sein, auf die wir selbstverständlich nicht eingehen. Die Gewährung und vorläufige Auszahlung einer Anleihe in der Höhe von 100 Millionen Mark — für das kleine Ungarn ein sehr hoher Betrag — durch französische, holländische und Schweizer Banken ist jedenfalls verknüpft worden mit politischen Bedingungen. Man hat bis jetzt darüber gehört, daß Ungarn auferlegt worden ist, bessere Beziehungen zur Tschechoslowakei zu unterhalten und zu einer Wiederaufrichtung der Habsburger Monarchie die Erlaubnis Frankreichs einzuholen. Die erste dieser Bedingungen scheint logisch in sich, daß die besonders gegen die Tschechoslowakei gerichtete magyarische Propaganda wenigstens nicht mehr offiziell gefördert werde — sicher ein schweres Opfer für das nationalistische Ungarn, das auf die Karpatengrenze nie und nimmer verzichten will, wenn auch diese verlorenen Gebiete überwiegend nichtmagyarisch besiedelt sind.

Die enge Allianz mit dem faschistischen Italien hat Ungarn nicht vor der schwersten Finanzkrise bewahren können, hat ihm auch nicht die unentbehrliche Hilfe ohne solche schwere Bedingungen gebracht. Diese Wertlosigkeit der Gönnerschaft Mussolinis sollte übrigens der Nationalsozialistische Pressedienst um der Wahrheit willen auch verbreiten, da er einen Artikel Mussolinis veröffentlicht hat, worin sich der Duce unter starker Anheimelung Hoovers als Retter Europas vor dem Bolschewismus anpreist.

Wenn aber Ungarn nun außenpolitisch etwas bremsen muß, so scheint man dafür innenpolitisch die Reaktion noch verstärken zu wollen. Zu den ererbten Bethlenministern Gömbös (Heer) und Zoltan (Justiz), wachenden Hortynyanern, tritt im Kabinett Josef Karolyi der gleichgesinnte Innenminister Keresztes-Fischer, während der Bauernführer Rayer nur Minister ohne Portefeuille (Dienstbereich) und Ackerbauminister ein den Großgrundbesitzern nahestehender Bürokrat ist; das Unterrichts- und das Sozialministerium sind unter dem Prälaten Erzsi vereinigt und die Auflösung des Sozialministeriums soll folgen, was allerdings den Stand der ungarischen Sozialpolitik und Erwerbslosenhilfe kennzeichnen würde — außerdem die Einführung des numerus clausus an den höheren Schulen. Der soll natürlich „keinen politischen Charakter“ haben, ebensowenig wie an den Hochschulen, wo er längst besteht und zur Bernichtung von Juden, Arbeiter- und Bauernsöhnen dient.

## Sozialistische Ministeranfrage.

Die Parlamentsfraktion und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erklären nach gemeinsamer Beratung, daß die katastrophale Lage des Landes einzig und allein durch die Tätigkeit der Regierung Bethlen verursacht worden sei, weshalb die Sozialistische Partei im Parlament beantragen werde, die Bethlen-Regierung unter Anklage zu stellen und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bethlen-Regierung einzusetzen. Die Partei fordert schließlich einen umfassenden Regimewechsel in demokratischem Sinne und stellt fest, daß die Regierung Karolyi nur eine unerwünschte Fortsetzung des Bethlen-Kurses sei, gegen den die sozialistische Partei den Kampf energisch weiterführen müsse.

**Mandatsniederlegung Osterlohs.** Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Osterloh, hat im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der Bremer Beamtenbank jetzt auch sein Bürger-schaftsmandat niedergelegt.

**Vorstandsfraktion der Landgemeinden.** Der engere Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden ist zum 1. September nach Berlin zu einer Sitzung einberufen, der am 2. September eine Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Landgemeindetages folgen wird. Im Mittelpunkt der Erörterungen werden die Notmaßnahmen der Reichsregierung und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden stehen.

**Wetter für Berlin:** Trocken und heiter, am Tage mäßig warm. — **Für Deutschland:** Im Osten noch veränderlich, im übrigen Reichsgebiet besseres Wetter und im Westen weitere Erwärmung.

# Ein Mann gegen Hundertmillionen

Zu Theodore Dreifers 60. Geburtstag am 27. August

Als Sinclair Lewis in Stockholm seine Nobelpreisrede hielt, sagte er, diese Ehrung hätte ebensogut Theodore Dreifer erhalten können wie er. Man soll diesen Ausspruch nicht nur als eine Geste, als einen Ausfluß persönlicher Begehrtheit hinnehmen, er ist mehr: Ausdruck des Gefühls der Gemeinsamkeit einer kleinen, aber kämpferischen amerikanischen Schriftstellergruppe, deren geistige Haltung man schon umrissen hat, wenn man ihre Namen nennt: neben Dreifer und Lewis vielleicht noch Upton Sinclair, John dos Passos, D'Neill und Joseph Hergesheimer. Ein anderes Amerika lebt in den Werken dieser Männer, als wir es aus Magazinsgeschichten und Kinowochenschaufen kennen, ein Amerika der „Babbitts“, Lewis' köstlich-eindringlicher Spieghelgestalt, ein Amerika der Korruption und unbeschränkter Klassenherrschaft, in dem ein lautloser, unterirdischer, zäher und brutaler Kampf ausgefochten wird. Ein Amerika, das sie mit der Schonungslosigkeit und Unerbittlichkeit von Männern zeichnen, die durch ihre Liebe zu diesem Lande dazu berechtigt sind.

Theodore Dreifer, der „Altmeister“ unter ihnen, ist der Sohn eines deutschen Vaters und einer holländischen Mutter. Geboren wurde er in Terre Haute im Staate Indiana, einer Kleinstadt mit engen Horizonten und muffigem Lebensraum, wie er sie später beschrieb hat. Sein Leben begann mit Kampf, Kampf blieb es bis zum heutigen Tage. Zwei Elemente beherrschten das Leben des Elternhauses: die strenge Religiosität des Vaters und Armut. — Theodore war das neunte unter zehn Kindern. Hier begannen die ersten Kämpfe um seine geistige Selbstbehauptung. Mit sechzehn Jahren schon verließ er die Heimat und ging nach Chicago, wo er sich in allen möglichen Berufen seinen Lebensunterhalt verdiente. Schließlich gelang es ihm, der unermüdeten an seiner Fortbildung tätig war, bei einer Zeitung als Reporter unterzukommen, er wechselte mit Glück nach New York hinüber, wo er sich mit rastlosem Arbeitseifer bis zum Zeitungsherausgeber emporarbeitete.

Das sind mit wenigen Worten die äußerlichen Daten seines Weges, aber sie umschließen mehr als den glücklichen Aufstieg eines Seismademens. Sie umschließen den Kampf eines Mannes, der es auf sich genommen hatte, dem Geist — oder Ungeist — seiner Zeit, seines Volkes zu Leibe zu gehen, ihn mit unerbittlicher Schärfe zu sezieren, ihn mit der Entschlossenheit des zu neuer Gestaltung entschlossenen schöpferischen Mannes zu verdammen. Mit dreißig Jahren begann er seine Romane zu schreiben. Hätte er bis dahin um die Fundamentierung seiner sozialen Stellung gekämpft, jetzt begann ein neuer Streit um geistige Werte, und er war erbitterter als jener erste: nicht viele seiner Mitkämpfer haben den Haß und die ohnmächtige Wut des aus seiner Ruhe aufgeschreckten „Babbitts“ so zu spüren bekommen wie Dreifer. Seine innere Schwungkraft, seine Kräfte hielten durch, er hat auf der ganzen Linie siegeln.

Der große Brodhaus sagt von Dreifer: „Er schrieb packende, wirkliche, lebensnahe Problemromane von streng objektiver Einstellung“, und er tut recht daran, dabei das Wort „objektiv“ zu verwenden. Wenn auf einen Dichter

das nunmehr glücklich verschwundene Wort von der „Neuen Sachlichkeit“ mit Recht angewendet wird, so auf Dreifer, nur mit der Einschränkung, daß er bereits zwanzig Jahre vor der Erfindung dieses Modewortes zu schreiben begann. Wann beispielsweise Upton Sinclair durch Darstellung der äußerlichen Beziehungen und Bindungen der Menschen untereinander sein revolutionäres Ethos predigt, so erreicht dies Dreifer eindringlicher und tiefer durch die Genauigkeit, mit der er — gleich einem Chirurgen der Seele — das Innere des Menschen, und zwar des amerikanischen Menschen von heute, sezieren und bloßlegt. Die Moral des Dichters, der in der amerikanischen Literatur als Gegner der damals herrschenden Romantik und ihrer Vernebelung der soziologischen Gegebenheiten eintrat, ist hart und unerbittlich. Und doch weiß er, daß jeder Moralkodex, wie er als unantastbar von der Gesellschaft sanktioniert wird, mit der Natur und ihrer unaussprechbaren Ausdrucksfähigkeit im Widerspruch steht. Die wunderbare Vielgestaltigkeit der Welt, die er wie in einem Brennspiegel in sich aufnimmt, erkennt keine Befehle an, die von Menschen geschaffen sind, sie lebt aus einem oft für uns unentzifferbaren kosmischen Prinzip heraus, dem wir uns nicht widerlegen können, und wehe dem Menschen, der es nicht versteht, Einklang zu schaffen zwischen diesen ungeschriebenen Befehlen und den Befehlen der Gemeinschaft, in der er zu leben gezwungen ist! Unrettbar wird er von diesem Widerspruch vernichtet werden. Das ist die Melodie, die uns aus allen Werken Dreifers entgegenkommt.

Dreifers Werk hat eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen: es hat das Seine dazu getan, den geistigen Nährboden des amerikanischen Volkes, der schon begann flüchtig und träge zu werden, aufzulockern. Er hat den Haß der Träger dafür geerntet — wo wäre dies wohl anders! — und die Dankbarkeit der Mitstreitenden. In seinen Romanen entsteht vor uns ein grandioses und umfassendes Bild des geistigen Menschen des 20. Jahrhunderts mit all seinen Verstrickungen in Philosophie und Religion, Naturwissenschaft und Technik. Leid und Kummer, Verirrungen und Verwirrungen, die die moderne „Kultur“ über die Gestalten seiner Romane bringt, sind für Dreifer Brüsteine, um uns aufgeschlossener gegenüber den tausendfachen Erscheinungen des Lebens zu machen, um die ethischen Pflichten aufzuzeigen, die der Mensch gegen sich und die Welt hat. So entsteht vor uns ein Lebensbild, das von gewaltigen ethischen Kräften gemessert wird, denen sich niemand — bewußt oder unbewußt — entziehen kann, ohne unterzugehen.

Theodore Dreifer hat sich auch in Deutschland eine große Gemeinde schaffen können. Seine Romane sind uns zum größten Teil durch den rührigen Wiener Verlag Paul Zsolnay vermittelt worden, darunter auch sein berühmtestes Werk „Eine amerikanische Tragödie“ und „Das Genie“, ein Eposroman von großartiger Problemstellung. Sein Theaterstück „Ton in des Töpfers Hand“, ist lange Zeit in Berlin gespielt worden, und eine Dramatisierung der „amerikanischen Tragödie“ soll voraussichtlich von Piscator herausgebracht werden. Kurt Muro.

## Heinrich Grünfeld gestorben.

Der Cellist Heinrich Grünfeld ist gestern Abend in Berlin gestorben. Sein Name ist mit dem öffentlichen und privaten Berliner Konzertleben in der Zeit, da Berlin das Zentrum der europäischen Musik war, aufs engste verknüpft. Heinrich Grünfeld, der jüngere Bruder des Pianisten Alfred Grünfeld, kam aus Prag, wo er am 21. April 1855 geboren war und sich am Konservatorium ausbildete. 1875 kam er nach Berlin und konzertierte zunächst in der Sinfoniekapelle. Bereits im nächsten Jahre wurde er Cellist der in Rullons Akademie und nahm dann einen raschen Aufstieg. Mit Josef Schwanenka u. a. führte er Abonnementkonzerte an der Singakademie ein und wurde 1886 Mitglied des königlichen Orchesters.

Als Meister seines Instruments spielte Grünfeld mit den namhaftesten Musikern seiner Zeit zusammen. Neben und zusammen mit seiner künstlerischen spielte er eine ebenso große gesellschaftliche Rolle. Er war Stammgast in den Salons der reich gewordenen Bourgeoisie. Mindestens so gefucht wie sein Spiel war sein amüsanter Witz. Viele Anekdoten gingen von ihm um. Er hat manches davon in seiner Autobiographie „In Dur und Moll“ gesammelt und damit die Erinnerung an eine Zeit wachgehalten, die endgültig vorbei ist: die bürgerliche Salonmusikultur.

## „Das Glücksmädel.“ Gartenbühne des Rose-Theaters.

Das Stück führt in ein besseres Land, wo sich auch in der unglücklichsten Lage immer ein befriedigender Ausgleich findet. Es ist nicht gut, wenn das Töchterchen des reichen Schlossherrn den armen Wirtshausbesitzer heiratet. Feudale Lebensformen vertragen sich nicht mit biederer Handwerksgeinnung. Am Schluß des zweiten Aktes sieht es trübe aus, als der Papa mit seinem schluchzenden Töchterchen heimzieht, aber das Volkstück mit Gefang erlaubt keine Regenwolken am Himmel. Dagegen wehrte sich schon der selbige L'Arronge, und deshalb kehrt der Lustig zurück, um ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden. Die Anständigkeit hat gestiftet.

Die Aufführung des „Glücksmädels“, das Max Reimann und Otto Schwarz erdacht, wirkt wie eine Reise in die Vergangenheit, in ruhigeren Zeiten, da sich die Dinge noch nicht so hart im Raum stecken. Der strebsame Bürger seht sich selbst ein Denkmal und ließ seine Nase von Weibrauch kochen. Mit doctoreter Nahrung, mit Witz und Behagen und viel Routine wird die Handlung garniert und schmachtvoll zubereitet. Schon damals war das Volkstück trotz aller Realität im Detail eine Flucht vor der Wirklichkeit, eine Flucht in die gute Stube der Kleinbürgerlichen Ideale, und heute klingt darin alles wie in einem Märchen für erwachsene Leute. Es war einmal, so sangen alle Märgen an.

Hans Rose inszeniert mit unsehnbarem Theaterinstinkt diese Dinge, die keine Lästerei und Problemata vertragen. Die Pointe muß laut knallen, das ist schon im Aufbau des Volkstückes begründet. Dazu Tanz mit leise grotesker Färbung zu hübschen Onestepmelodien. Das Ensemble mit Lotte Luckwald, Margarethe Fischbach, Mikulski, Willi Rose und Gillysch zeigt sein bewährtes Können. F. Sch.

## Franz Harris.

Franz Harris, ein sehr bekannter anglo-sächsischer Journalist, Chefredakteur und Zeitschriftenherausgeber, ist im Alter von 75 Jahren in Rizza gestorben. Er hat ein sehr wechselvolles Leben geführt. In Irland geboren, kam er mit 16 Jahren nach den Staaten, wo er sich in vielerlei Berufen versuchte. Die Liebe zu den Künsten und Wissenschaften führte den Seismademan dann auf

deutsche Universitäten, wo er ausgedehnte Studien trieb. Später führte ihn sein Weg nach London, wo er seine großen Fähigkeiten in der Gründung und Leitung von Zeitungen und Zeitschriften erweist. Er spielte eine große Rolle in der englischen Gesellschaft und verstand auch Geld zu machen. Er war mit Oscar Wilde befreundet und schrieb auch seine Biographie.

Harris hat in den letzten Jahren mehrere Bände einer Autobiographie veröffentlicht, von denen zwei auch ins Deutsche überetzt sind. Er hat mit sehr vielen interessanten Leuten Beziehungen gehabt und ist ein guter Schilderer politischer Vorgänge vor und hinter den Kulissen. Mit beachtlicher Rückwärtslosigkeit gibt er darin auch Aufschlüsse über sein sexuelles Leben, die in England vielfach Anstoß erregt haben. Zum Schluß hat Harris sich immer mehr auf den „freien Geist“ hinausgelebt.

## Deutsche Filme in Paris.

Nachdem schon seit längerer Zeit in verschiedenen Pariser Kinos deutsche englische und amerikanische Filme in der Originalfassung vorgeführt sind, hat es auch ein erst von kurzem erbautes Kino gewagt, ständig deutsche Tonfilme in der Originalfassung zu zeigen. Es handelt sich um das auf dem Montmartre gelegene Romy-Cinéma, das einer zum Teil aus Essäern und Lothringern bestehenden Gesellschaft gehört. Der gute Besuch der Vorstellungen beweist, daß das Unternehmen lebensfähig ist, und daß ein Bedürfnis für deutsche Filmvorführungen in Paris besteht. Das Kino begann vor einigen Monaten mit der Aufführung des bekannten Sprechfilms „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“, der sich eines so großen Zuspruchs erfreute, daß er mehrere Wochen auf dem Programm bleiben mußte. Daran schloß sich der Film „Die Drei von der Tankstelle“ an, der hier bereits in der französischen Fassung bekannt war. Seit kurzem läuft jetzt der Film „Ich geh' aus und Du bleibst da“, der bei der Erstaufführung lebhaften Beifall fand. Als nächster Film ist der Jannigs-Film „Liebling der Götter“ vorgesehen. Um auch dem französischen Publikum den Besuch der Vorstellungen zu ermöglichen, wird auf einem tausenden Band unter der Leitwand eine französische Uebersetzung der gesprochenen Worte vorbeigezogen.

Bismilien sind schon früher in anderen Theatern deutsche Sprechfilme gezeigt worden. Den Retord mit einem deutschen Film hat das auf dem Montparnasse gelegene „Studio des Ursulines“ aufgestellt, das fast seit einem Jahre ohne Unterbrechung den Film „Der blaue Engel“ täglich einmal in deutscher und in französischer Fassung zeigt. In diesen Tagen findet die 900. Aufführung statt.

**Polen ab 1. September ohne Theater.** Zwischen dem Verband der polnischen Bühnenkünstler und den Theaterdirektoren ist ein Streit ausgebrochen, weil sich die Künstler den vorgeschlagenen Vertragsbedingungen nicht unterwerfen wollten, die auf eine Kürzung der Gagen hinausliefen. Die seit mehreren Wochen schwebenden Verhandlungen sind nunmehr abgebrochen worden. Am 1. September schließen alle polnischen Bühnen, soweit ihre Mitglieder nicht außerhalb des Künstlerverbandes stehen.

**Schon beginnen die Märchenaufführungen.** „Rotkäppchen und der Wolf“ wird als erste Märchenaufführung am Abend, nachmittags 4 Uhr, und Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Wallner-Theater aufgeführt. — **Das Rose-Theater** beginnt mit den Märchenaufführungen am 6. September, nachmittags 3 Uhr. Als erstes gelangt zur Aufführung „Das tapfere Schneiderlein“.

**Der neugegründete Verein „Das Volkstheater“** bringt am 16. September Alfred Herricks Reichsmarinedrama „Ein Mann hat sich erhängt“ im Wallner-Theater zur Aufführung. Der neue Verein will der deutschen Bühne, die durch die künstlerischen und politischen Kontroversen der Theaterleiter jeden lebendigen Spielplans beraubt wird, gut- und gesellschaftskritische Werke vermitteln.







# „Dumm bleibt dumm“

Also spricht Wilhelm Hartnacke

Am Kampf der Arbeiterschaft um kulturellen Fortschritt wird immer wieder die Erfahrung gemacht, wie außerordentlich hemmend sich die soziale Lage des einzelnen und des gesamten Proletariats für jede Bildungsarbeit auswirkt. So erscheint es uns außer jedem Zweifel, daß Arbeitslosigkeit oder geringer Lohn, dürftige Wohnverhältnisse und enge gesellschaftliche Bewegungsfreiheit nicht die geeigneten Verhältnisse sind, über ein geringes Maß vom Wissen und Fähigkeiten der stiefmütterlichen Volksschule hinauszukommen. Deshalb zielt ja auch all unser kulturelles Bemühen ebenso auf Umgestaltung der wirtschaftlichen Lage und des gesellschaftlichen Milieus wie das gewerkschaftliche Bestreben, in der richtigen Erkenntnis, daß der Mensch auch in seinem Wissen und Können, auch in seiner geistigen Bildung von seiner Umgebung, von den Verhältnissen, in denen er zu leben gezwungen ist, geprägt wird.

Bürgerliche Denker freilich sehen es vielfach anders. Zwar müssen sie den Einfluß der Umgebung anerkennen, aber sie nennen ihn geringfügig. Für sie ist jede geistige Leistung, jede Bildungsfähigkeit eine Frage der erblichen Anlage, die wohl durch Erziehung und Übung gesteigert werden kann, aber als geistiges Erbgut vorhanden sein muß und sich dann selbst bei ungünstigsten Verhältnissen durchzieht. Infolgedessen ist für sie die geistige Regsamkeit und Schaffenskraft eines Menschen ein Naturgeschenk, und ebenso ist das Fehlen geistiger Kräfte nach ihrer Ansicht durch natürliche Anlagen bedingt. „Naturgrenzen geistiger Bildung“ nennt ein bürgerlicher Schulpolitiker, der Dresdener Stadtschulrat Dr. Wilhelm Hartnacke, sein Buch, in dem er die geistige Bildungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu untersuchen sich vorgenommen hat.

Schon die Stichworte des Untertitels „Inflation der Bildung — Schwindendes Führertum — Herrschaft der Urteilslosen“ deuten an, in welche Richtung Hartnacke vorstößt. Mit zahlreichen Statistiken versucht er den Nachweis zu erbringen, daß die Leistungsfähigkeit der Schulkinder durch die Erbanlage und die Bildungshöhe ihrer Vorfahren bedingt sei, d. h. also praktisch,

daß die Kinder von Eltern der höheren Berufe ohne weiteres für die höhere Schule befähigt seien und ihr zugeführt werden müßten, während die Kinder der breiten Volksmasse auf Grund von „Naturgrenzen“ dumm seien und zum großen Teil nicht einmal den Anforderungen der Volksschule genügen könnten.

Nach den Statistiken Hartnackes ist jeder dritte Volksschüler mindestens einmal sitzengelähmt und jeder fünfundsiebzigste Knabe der deutschen Städte ist „ausgesprochen schwachsinzig bis ganz schwach begabt“, also hilfsschulbedürftig. Gleichzeitig heißt es aber auch, daß Hilfsschulkinder bei Eltern in gehobener Berufslage außerordentlich selten sind, so daß die Schwachsinzigen nahezu ganz der breiten unteren Schicht, der Schicht der „minderqualifizierten Berufe“ angehören. Aus der Tatsache der schwachen Leistungen von Kindern der unteren Volksschichten — die in ihrer angegebenen Zahlenstärke hier nicht nachgeprüft werden soll — folgert Hartnacke nun nicht etwa, daß hieran die schlechte wirtschaftliche Lage der Eltern einen großen Anteil hat und daß aus diesem Grunde besondere pädagogische Maßnahmen und Beseitigung dieser Verhältnisse notwendig seien, sondern er formt den Begriff der „gesellschaftlichen Unterschicht, der Schicht der Minderwertigen“, der eine bestbefähigte Oberschicht, eine „Wiege der großen Männer“ gegenübergestellt wird.

Die Anhäufung dieses statistischen Materials ist durchaus nicht Selbstzweck, sondern es werden aus den Zahlenbeispielen weittragende kulturpolitische Schlüsse gezogen. Für Hartnacke ist durch die angeführten Zahlen bewiesen, daß die Arbeiterschaft im großen ganzen geistig beschränkt ist, daß ihr infolge der Erbanlage Naturgrenzen geistiger Bildsamkeit als Schicksal auferlegt ist. „Dumm bleibt dumm“ ist die bei ihm immer wiederkehrende Erkenntnis. Daraus aber folgt, daß die seit der staatlichen Umwälzung erstrebte Schulreform ein Unfuss sei. Alle Versuche, das Niveau der Volksschule zu heben oder Arbeiterkinder über die Aufbauschulen in geistige gesellschaftliche Funktionen zu leiten, seien zum Scheitern verurteilt und verhängen nur unnötig gewaltige Summen, die an anderer Stelle besser angewandt wären. Unser altes Schulsystem habe jeden Befähigten auch aus den untersten Schichten erfasst und über die verschiedensten Schultypen bis hinauf zur Hochschule kommen lassen, wenn er für ein Studium geeignet sei. Aber „der Glaube, daß ungezählte Scharen Hochbegabter nicht zu höherer Bildung gelangten, ist eine falsche und überflüssige Verallgemeinerung... Man kann aus einem Teiche eben nicht mehr Karpfen fischen als darin sind.“

Hartnacke geht aber in seinen Behauptungen noch weiter. Er fragt, wer denn eigentlich von der Einführung der Grundschule, der Aufbauschule und der akademischen Lehrerbildung als den wichtigsten Schulneuerungen den Vorteil zieht und gibt die für ihn bezeichnende Antwort:

„Das ist eben der Teil der Volksschullehrerschaft, der auf eine rückwärtslose Standespolitik eingeschworen ist. Man macht sich die sozialen Spannungen, die alt sind wie die Weltgeschichte, alt wie die menschliche Zehnsucht auf der einen und der Reiz auf der anderen Seite, zunutze, um mobil zu machen gegen angebliche Standesvorrechte eines Teils der Elternschaft und der Lehrerschaft der höheren Schule.“

Es ist ja so leicht, die nicht tiefer schauenden Massen einzufangen für die verhängnisvolle Formel: Bildung gleich Geldbeutel. Man bringt also die höhere Schule um das Vertrauen und fordert Schulreform im Rahmen eines Einheitschulsystems! Lediglich aus Neid und egoistischer Berechnung, weil am Ende der akademischen Ausbildung auch dem Volksschullehrer eine Standesgleichheit mit dem Studienrat und damit eine höhere Gehaltsstufe winkt! Stärker ist wohl noch nie das heiße Bemühen der Schulreformer und der Volksschullehrer um kulturellen Fortschritt beschimpft worden, in ähnlicher verächtlicher Art wohl noch nie der Kulturwille der Arbeiterschaft gehöhnt worden wie in diesen Ausführungen Hartnackes.

In diesem Sinne gehen die „wissenschaftlichen“ Untersuchungen weiter. „Das Hilfsschulpublikum zeugt, zum Teil ermuntert durch die öffentliche Fürsorge, viel mehr Kinder als irgendeine andere Bevölkerungsgruppe, während kluge und vordenkliche Leute sich sagen, daß jedes in die Welt gesetzte Kind, soweit man es in der eigenen Berufssphäre erhalten will, die Pflicht bedeutet, es bis tief ins dritte Lebensjahrzehnt zu unterhalten.“ Hieraus geht „als Zukunftschicksal unseres Volkes das hervor, was Rag von Gruber drastisch aber treffend die Gefahr der Verpöbelung genannt hat.“

Nachdem ein solches Kraftwort als Zitat eingeführt ist, geht es in gleich starken Tönen weiter. „Es ist ein Noth an der geistigen Zukunft, wenn auch der Untüchtigste durch Fürsorgemittel instand gesetzt wird, reihenweise Kinder in die Welt zu setzen, die die Allgemeinheit belasten, ohne ihr zu nützen.“

Verflucht und ausgeklagt wird sein jedes Volk, das seinen Vöbel zum wesentlichen Träger seiner Nachzucht und damit seiner Zukunft werden läßt.“

So mündet die ganze Untersuchung in einer politischen Forderung aus, obgleich es heißt, „ich will kein politisches Buch schreiben, aber einiges Nachdenken ist die Frage schon wert, ob man einen von Einsicht getragenen Staatswillen ermittelt, wenn man die Urteilsunfähigen in demselben Maße an der Findung des Staatswillens teilnehmen läßt wie die besten und verantwortungswilligsten Köpfe... Es ist kein Zweifel, daß die unreifen und unzulänglichen Urteile alle Zeit und für alle Male in der Mehrheit sind, wenn in einer nicht ausgelassenen, dem Durchschnitt entsprechenden Menschengruppe Meinungen und Urteile abgegeben werden... Die meisten Menschen gehören zum mäßigen oder zum bescheidenen geistigen Mittelgute und der Rest ist völlig unzulänglich, an geistigen Maßstäben gemessen...“

Eine Willensfindung durch das allgemeine gleiche Wahlrecht nun überhaupt zu beseitigen, würde voraussichtlich auf legalem Wege sobald nicht möglich sein, auf illegalem Wege nicht ohne schwerste Erschütterungen, mit denen man wohl den Bestand des Ganzen aufs Spiel setzt. Verfassungswidrige Mittel und Wege in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, kann ich im Rahmen dieser Studie nicht für ein fruchtbares Beginnen halten. Wenn aber nun das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht zu beseitigen ist, dann müßte und sollte ein Weg gefunden werden, dem großschlächtigen Massengeschäft des allgemeinen gleichen Wahlrechtes

einen verfeinernden Ausgleich an die Seite zu stellen, zu der nicht alle wählen, sondern nur diejenigen, die bewiesen haben, daß sie das Maß von Erkenntniskräften und Erkenntnisstärke haben, das Voraussetzung für die unterscheidende Wertung von politischen Forderungen ist.“

Dieses „Parlament der Köpfe“, wie es so schön heißt, würde dann dem Reichstag, den man dann wohl als Parlament der Dummköpfe bezeichnen müßte, gegenübergestellt. An der demokratischen Form des Parlamentarismus brauchte damit nichts mehr geändert zu werden, weil ja doch dieses Oberhaus die letzten Entscheidungen zu treffen hätte. Das wäre eine neue Auflage der alten Staatsweisheit des herrschenden Großgrundbesitzes und Großkapitals: Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut. Warum soll man der urteilslosen Masse nicht eine kleine parlamentarische Spielerei gönnen, wenn die politischen Entscheidungen im „Parlament der Köpfe“ gefällt werden?

Es ist unmöglich, sich mit den Ausführungen Hartnackes ernst auseinanderzusetzen. Entweder sind sie von höchster politischer Demagogie diktiert oder Hartnacke hat von den kulturellen Voraussetzungen und dem geistigen Streben innerhalb der Arbeiterschaft nicht die geringste Ahnung. Wie dem auch sei, es spricht aus jedem Abschnitt und insbesondere aus den letzten Ausführungen ein unglaublicher geistiger Hochmut dessen, der angeblich durch seine Bildung weit über dem Durchschnitt stehen will. Außerdem ist die als objektive Studie sich darbietende Schrift ausgerichtet auf eine politische Forderung, daß wir schon aus diesem Grunde Abstand nehmen müssen, das vorgebrachte Material kritisch zu würdigen. Um so mehr muß aber hervorgehoben werden, mit welcher Maßlosigkeit ein bürgerlicher Schulpolitiker, der selbstamerweise immer noch in Dresden als Stadtschulrat amtiert und sogar pädagogischer Fachmann beim Deutschen Städteitag ist, das kulturelle Streben der Arbeiterschaft beschimpft und zurückweist. Der maßlose Angriff ist für uns ein Zeichen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, das Bildungsprivileg des Besitzes zu brechen, denn immer wird der Gegner, wenn sachliche Argumente fehlen, zu schimpfen anheben. (Das Buch ist bei Quelle und Meyer, Leipzig, erschienen. Man muß sich wundern, daß der sonst verdiente Verlag sich zum Druck dieses mehr als zweifelhaften Buches entschließen konnte.)

Wilhelm Tietgens.

## Leidet ein häßliches Kind?

Helly Wolffheim:

### Selbsterziehung?

Wir haben unlängst an dieser Stelle nachzuweisen versucht, welche festlichen Schwierigkeiten einem Kinde entstehen können, das häßlich ist oder sich nur häßlich glaubt. Wir haben den Erziehern in diesem Artikel einige Winke gegeben, wie sie Fehlentwicklungen, die aus dieser Quelle stammen, entgegenwirken sollen. Nun meldet sich aus dem Leserkreis eine Stimme, die, wohl berührt durch eigene Kindheitserinnerungen, unserer Einstellung zu diesen Fragen zustimmt, sie aber nach einer besonderen Richtung hin zu erweitern sucht. Das „körperlich mit Fehlern behaftete Kind“ — also vor allem auch das verkrüppelte, körperbehinderte Kind — und mehr noch die Jugendlichen, die ins Erwerbsleben gehen, müssen dazu geführt werden, so meint der Einsender, in sich selbst Rückhalt zu finden. „Erste Pflicht muß es sein“, so führt er aus, sich selbst zu erziehen, „um Uebersehen körperlicher Mängel zu vermeiden“. Nach dieser Richtung seien die Jugendlichen zu beeinflussen. Besonders in einfachen Familien, in denen, wie er meint, gar kein Bemühen ist, das Seelenleben des Kindes zu erschöpfen und zu beeinflussen, „ist dieses wohl der beste und auf die Dauer erfolgreichste Weg, den wir beschreiten können und müssen.“

Wir wissen, daß in der Krüppelerziehung dieser Weg beschritten wird und denken dabei an die Ideen, die z. B. im Oskar-Helene-Heim in Zehlendorf mit großem Erfolge praktisch verfolgt werden. Die dort behandelten und erzogenen Kinder werden durch Übung und seelische Beeinflussung so weit gebracht, daß sie von ihrer Umgebung unabhängig sind, daß sie im Erwerbsleben stehen können und dadurch — so hofft man — auch seelisch weniger zu erdulden haben als ihre Leidensgenossen früherer Zeiten. Erziehung zum Mut, zur Selbsterziehung und durch entsprechende orthopädische Hilfsmittel dem Normalen sich angleichende Leistungsfähigkeit kann eine Sicherheit geben, die das Anderssein nicht so schwer empfinden läßt. Aber, kann das, was in einer Gemeinschaft Gleichgestellter bis zu einem gewissen Grade möglich ist, auch dort wirksam werden, wo der Einzelne sich eben als Einzelner, als Andersartiger fühlt? Die Selbsterziehung, die der Einsender obiger Hinweise empfiehlt, wird nur zu leicht über den Haufen gerannt werden, wenn ein Schulkind von seinen Mitschülern gehänselt oder schief angesehen, wenn der Lehrling von seinen Kollegen nicht für voll genommen wird. Wohl müssen wir bemüht sein, den Minderwertigkeitsgefühlen der unglücklichen oder körperbehinderten Kinder entgegenzuwirken, wohl sollen wir versuchen, sie zum „Darüberstehen“ zu bringen, aber — auf die Gefahr einer allzu starken Selbsterziehung muß hingewiesen werden. Es ist unlegbar nicht zu empfehlen, durch überspannte Willensgymnastik Kränkungsgefühle so stark zu verdrängen, daß sie nach außen hin nicht in Erscheinung treten. Die Erhabenheitsgeste — nennen wir sie im Volkston „Dickfelligkeit“ — wird nur zu oft durch bedrückende seelische Nachwirkungen erkauft sein.

Wie aber einen Ausweg finden, wie denen das Leben erleichtern, die unter ihrem Äußeren leiden? Selbsterziehung nicht nur der Leidenden selbst, sondern fast noch mehr der anderen, der Normalen! Sie sollten sich dazu erziehen, duldsamer zu sein. Nicht als das Wesentlichste ist Äußerliches zu nehmen, darüber hinwegzusehen, sei unser Bemühen. Vor allem aber gelte unsere Selbsterziehung dem Streben, uns in der Gewalt zu haben, damit nichts von Abscheu oder — von Mitleid auf unserm Gesichte steht und verlegend wirken kann.

Jerna Dresdner:

### Erziehung zum „Trotzdem“

Noch einmal: Das häßliche und das körperbehinderte Kind. Und zwar von der Seite des Mitleids aus gesehen, das — allzu deutlich gezeigt — Gefahren in sich birgt. Es ist ja so begreiflich, daß die Mutter dazu neigt, ihr durch Schönheitsmängel oder körperliche Gebrechen vom Schicksal benachteiligtes Kind ausgleichend zu verwöhnen. Nachstehende und gutmütige Menschen überhaupt pflegen ihre Teilnahme auszudrücken, indem sie alles kritisch loben und auf jede Forderung dem behinderten Kind gegenüber verzichten. Das glaubt dann, Vorrechte beanspruchen zu dürfen, weil es Mängel hat. Aber der harte Lebenskampf fordert später ja auch von ihm die reale Leistung. Dann werden bittere Enttäuschungen zum seelischen Zusammenbruch und zur neurotischen Erkrankung führen.

Nein, wer dem Kinde wirklich wohl will, erziehe es bewußt — schon während der Geborgenheit im Elternhaus — zur Lebens Einstellung des „Trotzdem“. Anstatt ihm die Anstrengung zu ersparen, lasse man es mit den Aufgaben ringen und helfe ihm, einen Ausweg zu ihrer Bewältigung zu finden. Die Natur selbst zeigt uns den Weg. Für gelähmte Muskeln läßt sie andere zum Erfolg eintreten. Fällt ein Sinn aus, gewinnt ein anderer eine für den Vollstimmigen unbegreifliche Verfeinerung. Das Höchste an solchen Erfolgeleistungen verkörperte wohl in sich der armlos geborene Unthan, der fast alles mit den wohlentwickeltesten Füßen auszuführen verstand: Maschine schreiben, Violon spielen, so der sogar als Kunstschütze auftrat. Er war ein heiterer und mit seinem Dasein zufriedener Mann, der durch sein Vorbild und praktische Unterweisung in den Lazaretten zahlreichen Kriegsverletzten Lebensmut gab, ihnen den Gebrauch von Prothesen und körperliche Selbsthilfe zeigte.

Auf seelischem Gebiet muß die Erziehung Gebrechlicher anstreben, ihnen geistige Interessen zu geben, sie zur Vertiefung und zu verfeinerter Gemütsfähigkeit zu führen. Es ist auch hier kein Zufall, daß ausgesprochen häßliche Menschen so häufig das sind, was man „kluge Köpfe“ nennt. Ihr Sinn war eben früh auf die Wertschätzung und Erarbeitung geistiger Gaben gerichtet. Und wenn der Volksmund die Verkrüppelten so oft als boshaft bezeichnet, so ist dies doch nur der Niederschlag der einen psychischen Entwicklungsmöglichkeit. Von jenen Zielen wird seltener gesprochen, die als Schwerbehinderte gültig und wissend geworden, wohl vielleicht äußerlich eine Last, aber durch ihr stilles Wirken trotzdem ein Segen für ihre Umgebung sind.

Schwerlich zwar wird Härte der Lieblosigkeit das körperlich gehemmte Kind diesen Weg zur Ueberwindung seiner Leiden führen. Die Entfaltung aller seiner Anlagen könnte in der Dürre und Verbitterung verkümmern. — Aber wenn man schon von Selbsterziehung der Erziehenden spricht, so lasse man sie auch in den Spiegel schauen, der hinter dem „Mitleid“ die Selbstgefälligkeit zeigt, um derentwillen allzuoft betonte Hilfsbereitschaft sich breit macht. Es ist viel bequemer, einem Kind den Weg und die Handreichung abzunehmen, auf die es mehr Zeit und Mühe verwenden müßte als andere. Es ist bequemer und dankbarer als soviel Geduld aufzubringen, das Kind langsam zur eigenen Leistung kommen zu lassen. Fort mit den mitleidigen Blicken und gedankenlosen Händen! Ansporn und Anerkennung seien die guten Gaben, die ihr als fortwirkende Hilfe dem häßlichen oder körperlich schwachen Kinde darbieten soll!



